

KGW's Rundschreiben

22.10.2025
Seite 1 von 7

Deutschland, Europa und die Welt

Johann Wolfgang von Goethe sagte etwas, was auf unsere Politiker noch heute zutrifft: „Die Botschaft (oder Worte) hör ich schon, allein mir fehlt der Glaube.“ Was wurde vor der Wahl nicht alles versprochen und ist heute Schnee von gestern. Kanzler Merz wollte die deutsche Stimme in Brüssel wieder hörbar machen, damit wir unsere Position in der EU verbessern. Geschlossen wollte man auftreten und die ständigen Enthaltungen („German Vote“) sollten beendet werden. In der wöchentlichen Gesprächsrunde (EU-Monitoring) sollte die Marschrichtung festgelegt werden, damit Schwarz-Rot mit einer Stimme redet, um Geschlossenheit zu zeigen. Weit gefehlt, denn aufgrund von Ressortkonflikten gibt es Unterschiedlichkeiten. Die Überregulierung der Wirtschaft incl. EU-Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD), Klimaziele bis 2040, Gentechnik, Rückkehrverordnung und anderes mehr. Die Koalition ist sich bei wichtigen Entscheidungen uneins und damit baut man in Brüssel kein Vertrauensverhältnis auf.

Das „Lieblingskind“ von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (nachfolgend U.v.d.L.) ist der **Green Deal**. Den gibt es seit 4 Jahren und er besteht aus 160 Gesetzen und Verordnungen. Keine Region der Welt hat strengere Regeln. Das Ziel ist loblich, den Ausstoß (im Vergleich zu 1990) bis 2030 um 55% und bis 2040 um 90% zu verringern. Man schreibt europäischen Unternehmen vor, grüner zu produzieren. Gelingen dadurch allerdings Einsparungen, steigen die Kosten für Energie. Hinzu kommt der Aufwand für die Berichterstattung, was dem Klima letztendlich nichts nützt. Die Fehler des Green Deal will man ausmerzen und hat diesen in der ersten Stufe umbenannt in **Clean Industrial Deal**. An Abschaffung ist nicht zu denken, denn in der deutschen Koalition ist Schwarz (gemeinsam mit Frankreich) für die Abschaffung, Rot hingegen für die Beibehaltung. Niemand will Kinderarbeit, aber durch Vorschriften ist eine Überprüfung nicht möglich. Rohstoffe will man in Europa haben, aber nur bei klimagerechtem Abbau. Wunschdenken, denn weder beim Fracking¹, noch dem Abbau von Rohstoffen bis hin zu Seltenen Erden² ist das möglich.

Das Handelsblatt berichtete am 13. dieses Monats von einer Studie, die McKinsey erarbeitet hat. Danach sind rund 1 Mio. Menschen in Deutschland beschäftigt, die zwingend Seltene Erden verarbeiten und 3 Mio., die von Seltenen Erden abhängig sind. Würde China als Lieferant von Seltenen Erden ausfallen, wären in Deutschland rund 4 Mio. Arbeitsplätze und rund 370 Mrd. € an Wertschöpfung bedroht (ca. 9% des gesamten Bruttoinlandsproduktes).

¹ Gewinnung von Erdgas aus Schiefer, Ton und sonstigem Gestein, was seit dem 11.02.2017 in Deutschland verboten ist.

² Die Förderung und Extraktion der Seltenen Erden bedeutet eine extreme Belastung für die Umwelt. Die hierbei benutzte Schwefelsäure schädigt Gebiete und verschmutzt die Luft.

Hohe Abhängigkeit bei kritischen Rohstoffen					
bei ausgewählten Rohstoffen in Prozent					
Land mit dem jeweils höchsten Anteil am globalen Abbau			Nettoimporte der EU, Anteil am Verbrauch in Prozent		
Gallium	China	98%	Seltene Erden	China	93%
Graphit	China	78%	Gallium	China	69%
Seltene Erden	China	69%	Graphit	China	40%

Stand: September 2025 Quellen: US Geological Survey, EU-Kommission, McKinsey

Gemäß dem Vokabular von U.v.d.L. verteufelt sie das schmutzige Geschäft der Rohstoff-Gewinnung. Im gleichen Atemzug beschimpft sie China, das nicht genug Seltene Erden liefert und die regulierten Ausfuhren als „Waffe gegen die EU“ einsetzt. Als der Green Deal vor 4 Jahren verabschiedet wurde, hatte die EU die Nase vorn, ist aber zwischenzeitlich längst von China abgehängt worden. China hat eine bessere Koordinierung. Es wurden Quoten für E-Autos eingeführt und die Green-Tech-Industrie gefördert. Neben neuen Atom- entstehen Kohlekraftwerke. Riesige Solarfelder ergänzen Windkraftträder. Aus gut unterrichteter Quelle wissen wir (die Ehefrau dieses „Blättchenschreibers“ ist gebürtige Chinesin und zurzeit in China), dass die Luft nicht nur in Peking klarer wurde und sich erheblich verbessert hat. China arbeitet weiter daran, grüner Technologieführer zu werden (falls es das nicht schon ist).

Für den amerikanischen Präsidenten ist menschengemachter Klimawandel „eine der größten Betrügereien aller Zeiten“. Alle Klima- und Wetterdaten werden unterdrückt.

Bereits in den 1980er Jahren sorgte sich der Ökonom Herbert Griesch, dass Europa im Wettbewerb mit Japan und den USA zurückfallen werde. Er prägte den Begriff „**Eurosklerose**“³. Heute, nach über 40 Jahren, ist Eurosklerose zurück. Europa hat an Wettbewerbsfähigkeit verloren, künftig bestimmen Amerika und Asien.

In Deutschland verliert man wertvolle Zeit, um neue Reformen einzuführen. Die **Babyboomer** lassen das Arbeitsangebot schrumpfen. Warum macht man denen kein Angebot, die Arbeitszeit zu verlängern? Dem Sozialstaat Deutschland täte das gut, denn in der jetzigen Form ist er auf Sicht nicht mehr finanzierbar.

Vizekanzler Lars Klingbeil (SPD) beklagte kürzlich die „schlechte Laune“ in Deutschland. Hier muss man nach Ursache und Wirkung fragen. Durch das trennende Denken zwischen „Arbeit“ hier und „Leben“ dort haben viele Menschen die Arbeit abgewertet und glauben, das Leben finde vor allem in der Freizeit statt. Dieses Denken suggeriert, Arbeit sei schlecht und Freizeit gut. So gehen viele missmutig zur Arbeit und warten schlecht gelaunt auf den Feierabend. Diejenigen, die auf der Leiter des Erfolgs nicht so recht vorankommen, sehen den Grund darin, dass sie glauben, sie stünden auf einer Rolltreppe. Es gibt aber auch solche, die hart für das Privileg arbeiten, immer höhere Steuern zahlen zu dürfen. Um die Diskussion über die 4-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich ist es still

³ „Euro“ (Europa), „Sklerose“ (medizinisch: Verhärtung, Verkalkung von Organen). Ursachen waren die Ölkrise 1973-1979, die internationale Währungskrise (Zusammenbruch des Bratton-Woods-Systems), Verringerung von Marktöffnung und Rückkehr zu nationaler Wirtschaftspolitik.

geworden. Deshalb keine weiteren Anmerkungen dazu. In 2023 gingen ca. 890.000 Menschen in Rente, aber nur ca. 44% hatten das reguläre Rentenalter erreicht.

Im Jahre 529 gründete Benedict von Nursia auf dem Monte Cassino den Benediktinerorden. Auch nach 1.500 Jahren haben die 78 Regeln, die teilweise strenger gefasst sind als die 10 Gebote, noch ihre Gültigkeit. Ab 6 Uhr beginnt der Tagesablauf von einem Wechsel zwischen Gebet und Arbeit. Der Rhythmus dieses Lebens: „**ora et labora**“ (bete und arbeite).

Die Bedeutung der Arbeit reicht weit über die bloße Erzielung eines Einkommens hinaus. Arbeit ist nicht nur Pflicht, sondern kann ein Weg zur persönlichen Entwicklung und zum Lebenssinn sein.

Das Statistische Bundesamt nennt in Deutschland:

Jahr	Arbeitslose	Arbeitslosen- quote	Offene Stellen
2024	2.787.112	6,5%	693.670
2023	2.608.672	6,2%	760.608
2022	2.418.133	5,8%	844.796
2021	2.613.489	6,3%	705.605
2020	2.695.444	6,5%	613.445

Anfang des 19. Jahrhunderts wurde erstmals bezweifelt, ob Paulus an die Thessaloniker schrieb: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.“ Jedenfalls rechtfertigte der SPD-Arbeitsminister 2014 den Ausspruch mehrfach in seinen Reden.

So wird die Arbeit als „sichtbar gemachte Liebe“ beschrieben, was ihre tiefere, emotionale und sinnstiftende Dimension unterstreicht. Beim Festival di San Remo 1970 gewann Adriano Celentano mit dem Lied „**Chi non lavora non fa l'amore**“ (wer nicht arbeitet, macht keine Liebe). Es sprach die Bedeutung der Arbeit für die Liebe und Beziehungen an. In dem Lied wird die Konfrontation zwischen dem Protagonisten, der sich gegen den Arbeitsdruck wehrt und seiner Frau, die ihn wegen ihres Streiks zur Arbeit zwingt, dargestellt.

Fünf Monate ist Schwarz-Rot in der Regierung und die Hoffnung des Aufschwungs hat sich nach der Ernüchterung in Frust gewandelt. Die angekündigten **Reformen** liegen noch in unentspanntem Winterschlaf. Das Bruttoinlandsprodukt liegt da, wo es 2018 war. Die Wirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) nennt für das nächste Jahr 1,3% Zuwachs (der Internationale Währungsfonds allerdings nennt nur 0,9%). Gleichzeitig sagt sie, dass das Schuldenpaket der Grund dafür ist. Die Ökonomen, die für eine Lockerung der Schuldenbremse waren, klagen heute, dass die Mittel aus dem Sondervermögen nicht für Investitionen verwandt, sondern zweckentfremdend eingesetzt werden.

Die EU-Kommission überprüft halbjährlich im „**Europäischen Semester**“ die Haushaltslage der 27 Mitgliedsstaaten. Werden 3% überschritten, droht ein Defizit-Verfahren. Obwohl die Verteidigungsausgaben nicht unter die EU-Schuldenregel fallen, läge Deutschland 2026 und 2027 darüber. Die Planung des Finanzministers Lars Klingbeil (SPD) liegen in 2027 bei einem Fehlbetrag von 34 Mrd. € und steigen bis 2029 auf 74 Mrd. €. Der Eingang eines „blauen Briefes“ wäre keine Überraschung.

Es ist einfach, den „Schwarzen Peter“ der Industriemisere ausschließlich der Politik zuzuschieben. Unzweifelhaft haben die Vorschriften, Verordnungen und der dadurch entstandene Papierberg, der schneller gewachsen ist als das Bruttoinlandsprodukt, diesen Status verursacht. Aber auch die

Industrie sollte sich bekennend an die Brust klopfen. Als Beispiele nennen wir die Autoindustrie, den Maschinenbau oder die Stahlindustrie. Jahrelang war man betriebsblind und hat der Konkurrenz nicht die nötige Aufmerksamkeit geschenkt. Unternehmerische Fehlentscheidungen führten dazu, dass ausländische Anbieter deutsche Anbieter überholten und sich konkurrenzfähiger machten. Wir sollten nicht klagen, dass wir uns selbst zum Opfer eigener Selbstzufriedenheit gemacht haben. Wenn wir nach der Gewissensforschung zu Erneuerung bereit sind, von der Politik die nötige Unterstützung bekommen, wird es auch in Deutschland wieder aufwärts gehen.

Es scheint, dass die EU sich dem schlechten Beispiel der amerikanischen Zollpolitik angeschlossen hat. **Freihandel** ade - **Protektionismus** ist angesagt. In einem Brief forderte Präsident Trump kürzlich die EU-Kommissionspräsidentin U.v.d.L. auf, die Versprechungen des Zolldeals vom Juli umzusetzen. Offensichtlich wird die gemeinsame Erklärung nach diesen Gesprächen von beiden Seiten unterschiedlich interpretiert. Weitere Zugeständnisse wird die EU-Kommissionspräsidentin nicht machen können, weil sie erst kürzlich 3 Misstrauensanträge abwenden konnte. Trump versucht, die EU an der Umsetzung ihrer Digitalgesetze zu hindern. Seit 2024 laufen in Brüssel Untersuchungen gegen Facebook, Instagram, Meta, Tiktok und X. Die US-Handelskammer fordert, die Lieferkettenrichtlinien so anzupassen, dass US-Unternehmen ausgenommen werden. Um die Forderungen der USA durchzusetzen, droht man bereits wieder mit der „Zollkeule“. Man sollte sich nicht der USA-Macht beugen, denn das bedeutet das Ende der Freiheit.

Für dieses Jahr wird in **Deutschland ein Wachstum** von 0,3% und für das nächste Jahr von 1,3% vorausgesagt. Das ist unbefriedigend und rückt auf der Notenskala an mangelhaft heran. Dieser Krise, so sagte Ende September die IG-Metall-Chefin Brenner vor 250 Betriebsräten in Berlin, sagen wir den Kampf an. Sie warnt vor einer Abkehr von der Energiewende und spricht damit direkt Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) an. Gaskraftwerke dürfen nicht gegen Solar, Wind und Biomasse ausgespielt werden. Die Stromnetze sind auszubauen, mehr Speicher und Elektrolysekapazitäten, vorrangige Genehmigungsverfahren, Industriestrompreise von 5 Cent pro Kilowattstunde sind zu realisieren. Die Nervosität der **Gewerkschaften** ist zu verstehen. Sie verlieren Mitglieder und somit an Macht.

Dass „Otto der Normalverbraucher“ mit **Beamten** Probleme hat, ist hinreichend bekannt. Gemäß einer Forsa-Umfrage aus Sommer 2024 sehen ca. 25% der Befragten den Staat in der Lage, seine Aufgaben zu erfüllen; ca. 70% halten ihn für überfordert. Im Juni dieses Jahres wurden in der Industrie ca. 146.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte (in Relation zu Juni 2024) weniger gezählt; in der öffentlichen Verwaltung wurden im gleichen Zeitraum 45.000 zusätzliche Jobs geschaffen. Markus Söder (CSU) und der CDU-Generalsekretär haben einen radikalen Wechsel bei den Verbeamtungen gefordert. Wahrscheinlich kein Einzelfall, aber auch nicht alltäglich, was im **Schwarzbuch 2025/26⁴** nachzulesen ist. Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz hat 3 Staatssekretären sehr lange Sonderurlaub genehmigt. Während dieser Zeit gab es keine Amtsbezüge, aber die Sonderurlaubszeit wird auf die späteren Versorgungsbezüge angerechnet. Anfang 2026 wird ein Staatssekretär nach ca. 12 Jahren Sonderurlaub direkt in die Pension verabschiedet. Das sind Steuergelder, die Rheinland-Pfalz verschenkt. Ein Arbeitnehmer, der 45 Jahre Beiträge zahlt, kann das nicht als Rente erarbeiten.

⁴ BdSt = Bund der Steuerzahler Deutschland e.V. Das 53. Schwarzbuch kann in Berlin kostenlos angefordert werden.

Wo wir bei Steuergeldverschwendung sind, hier einige Beispiele aus dem aktuellen Schwarzbuch:

Stadt / Gemeinde	Thema	Betrag
Bad Iburg	Baumgipfelpfad	6,3 Mio. €
Gemeinde Elz (Westerwald)	Grill / Umwelthütte	984.000 €
Göttingen	Kunsthaus	6,9 Mio. €
Hamburg	Hafenmuseum	500 Mio. €
Radeberg	Brücke führt ins nichts	900.000 €
Hamburg	Winterquartier für Schwäne	7 Mio. €
Stuttgart	Oper (bis heute)	800 Mio. €
Bayreuth	Stadthalle	110 Mio. €
Nettetal	Kulturhalle	25 Mio. €
Calw	Hermann-Hesse-Bahn	207 Mio. €
Eschede (Landkreis Celle)	Filmtierpark	1,3 Mio. €
Land Schleswig Holstein	Northvolt-Pleite	620 Mio. €

Wenn man über Wurst, ein Steak oder Burger spricht, denkt jeder zweite Deutsche an tierische Produkte. Da sich die Verbraucher auf der anderen Seite „klimaneutral“ ernähren, stellen sie in Europa mit 760 Mio. € Jahresumsatz die Gruppe der Fleischalternativen. Damit man bei der Auswahl der Sättigungsbeilage nicht ins Falsche beißt, hat die konservative Französin Céline Imart bei der EU in Straßburg Deklarationsklarheit gefordert. Die Begriffe Wurst, Fleisch usw. bleiben, aber „**Tofu-Wurst**“, „**Soja-Schnitzel**“ oder „**Veggie-Burger**“ sind verboten. Das Abstimmungsergebnis vom 08.10.2025: 355 Ja-Stimmen, 247 Nein-Stimmen und 30 Enthaltungen. Die deutsche Delegation: 20 dafür, 61 dagegen. Die Entscheidung ist noch nicht endgültig, da 27 Mitgliedsstaaten der neuen Regelung noch zustimmen müssen. Das letzte Wort haben der Rat und die EU-Kommission. In der schärfsten Version soll Otto von Bismarck⁵ gesagt haben: „Das Volk soll besser nicht dabei sein, wenn Gesetze oder Würste gemacht werden, sonst werde ihm schlecht.“ Beweise für diese Aussage gibt es nicht.

Schlussbemerkung: Auf der Welt gibt es zurzeit (geschätzt) 216 Kriege und bewaffnete Konflikte. Millionen Flüchtlinge und viele Todesopfer. Jeder sechste Mensch der Welt lebt in einem aktiven Kriegsgebiet; auch die Deutschen sind im Augenblick nicht auf „Rosen gebettet“.

... und im EU-Parlament diskutiert man über vegane Würstchen! Unfassbar!

Stahl-, Edelstahl- und Rohstoffmärkte

Bisher hatten wir angenommen, eine solche Zollpolitik kann nur einer: Donald Trump. Weit gefehlt! Die EU-Kommission unter der Herrschaft von U.v.d.L. will einen **Einfuhrzoll** für Stahl von **50%**; wenn gewisse Kontingente überschritten sind. Ein Gesetzentwurf sieht vor, die jährliche Stahleinfuhr nach Europa auf 18 Mio. Tonnen pro Jahr zu begrenzen.

⁵ Geboren am 01.04.1815, verstorben am 30.07.1898. Er ging als „Eiserner Kanzler“ in die Geschichte ein.

Die deutsche Stahlbranche verzögert seit Jahren den Umbau zu klimafreundlicheren Produktionsverfahren, obwohl Hilfen zugesagt wurden für:

SHS und Saarstahl AG: Zusage EU, Bund und Land in Höhe von 2,6 Mrd. €.

ThyssenKrupp: Zusage bis 2 Mrd. € von Bund und Land NRW. Zusage der EU an den Bund, ThyssenKrupp mit 2 Mrd. € zu fördern. Ein Direktzuschuss von 550 Mio. € ist bereits geflossen.

Arcelor Mittal: Es wurden 1,3 Mrd. € zugesagt. Pläne für grüne Stahlproduktion wurden im Juni dieses Jahres gestoppt.

Im Augenblick fahren alle Werke die Produktion auf „Sparflamme“. Logisch: Wenn es keinen Bedarf gibt, wird man auch nicht investieren. Die derzeitige Auslastung der europäischen Werke ist historisch klein. Ein Ende ist im Augenblick nicht abzusehen. Eines sollte jedem klar sein; die Auswirkungen der Zollpolitik aus Brüssel zahlt jeder europäische Bürger.

Bei Rohstoffen zur Edelstahl-Rostfrei-Fertigung (Chrom, Nickel, Molybdän) bewegt sich im Augenblick kaum etwas. Preislich wird sich bis ins neue Jahr nichts verändern. Die Legierungszuschläge sprechen eine deutliche Sprache, denn bezüglich Prognosen kann man keinen Aufwärtstrend erkennen. Nicht nur für Lagerverkäufe werden Festpreise (Grundpreis und Legierungszuschlag) genannt. Die Nickel-Bestände an der LME türmen sich weiter auf; zurzeit sind die so hoch, wie vor mehr als 4 Jahren zurück (siehe Tabelle). Auch für das nächste Jahr wird man keinen rosigen Edelstahlmarktpreis erwarten können. Die Prognosen 2026 für Nickel sagen, dass die Angebotsmenge um ca. 200.000 Tonnen über der Bedarfsmenge liegen wird.

Währungen und Nickelpreise im Vergleich

Datum	Devisenkurs	Kassapreis	3 Monats-Preis	Nickel-Bestand / to	dt. Kassapreis
	€ / US-\$	Nickel (LME)	Nickel (LME)	LME	Nickel €/100 kg
02.01.2020	1,1213	14.075	14.165	153.318	1.258
04.01.2021	1,2296	17.344	17.403	247.980	1.410
04.01.2022	1.1370	20.730	20.610	101.256	1.839
03.01.2023	1.0664	31.200	31.350	55.380	2.961
02.01.2024	1.1039	16.600	16.800	64.158	1.515
02.01.2025	1.0376	15.010	15.295	162.474	1.455
03.02.2025	1.0370	14.900	15.115	172.500	1.452
03.03.2025	1.0402	15.600	15.770	195.162	1.490
01.04.2025	1.0787	15.850	16.060	199.020	1.470
02.05.2025	1.1290	15.325	15.525	200.418	1.351
02.06.2025	1.1432	15.145	15.355	200.310	1.327
01.07.2025	1.1745	14.965	15.170	203.886	1.267
01.08.2025	1.1446	14.600	14.830	209.082	1.280
01.09.2025	1.1686	15.265	15.475	209.844	1.303
01.10.2025	1.1748	14.965	15.175	231.504	1.275
21.10.2025	1.1659	14.985	15.180	250.476	1.290

Legierungszuschläge für rostfreie Bleche und Bänder

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2024		2024		2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	04/24	973	12/24	1.039	1.069	1.077	1.067	1.049	1.017	969	980	975	987	978	987	
4301	02/24	1.951	06/24	2.313	2.115	2.118	2.101	2.092	1.984	1.900	1.870	1.834	1.884	1.884	1.915	
4404	01/24	3.161	07/24	3.810	3.504	3.522	3.484	3.453	3.262	3.123	3.126	3.091	3.201	3.272	3.280	
4509	02/24	1.243	12/24	1.313	1.342	1.350	1.340	1.321	1.290	1.236	1.238	1.233	1.245	1.235	1.244	
4521	03/24	2.048	07/24	2.220	2.216	2.238	2.210	2.168	2.084	1.988	2.031	2.027	2.092	2.144	2.125	
4539	01/24	5.595	07/24	6.940	6.225	6.253	6.187	6.143	5.778	5.550	5.549	5.425	5.582	5.737	5.753	
4571	01/24	3.200	07/24	3.860	3.548	3.566	3.525	3.493	3.299	3.161	3.162	3.124	3.236	3.307	3.315	

Legierungszuschläge für Präzisionsband

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2024		2024		2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025
	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	04/24	1.168	12/24	1.246	1.196	1.292	1.280	1.259	1.221	1.162	1.176	1.170	1.185	1.173	1.184	
4301	02/24	2.341	06/24	2.776	2.384	2.542	2.522	2.510	2.382	2.280	2.243	2.201	2.260	2.261	2.297	
4310	02/24	2.212	06/24	2.603	2.252	2.401	2.382	2.370	2.252	2.154	2.122	2.068	2.095	2.095	2.127	
4404	01/24	3.793	07/24	4.560	3.793	4.226	4.181	4.144	3.916	3.748	3.751	3.708	3.841	3.927	3.936	

Edelstahlschrott

W-Nr.	Tiefste		Höchste		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2024		2024		2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	07/24	400	Meh- rere	450	425	420	450	430	430	410	400	400	400	390		
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	10/24	1.150	05/24	1.480	1.270	1.170	1.180	1.120	1.100	1.020	950	950	1.000	1.000		
Cr-Ni-Mo- Stähle (V4A*) z.B. 4404/4571	Meh- rere	2.160	05/24	2.480	2.220	2.210	2.240	2.100	2.100	2.040	2.000	2.000	2.050	2.050		

*) Markenname Outokumpu Nirosta